

Gedenken anlässlich des Baus der Berliner Mauer

Rede der Landtagspräsidentin, 13. August, NIKE an der Glienicker Brücke, Potsdam

Sehr geehrter Frau Ministerin Dr. Schüle,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Exner,
lieber Herr Ladner!

Sehr geehrte Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung
und des Landtages.
liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,
meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wie war es möglich, Deutschland zu teilen!? Junge Leute fragen das und wir fragen es uns sogar selbst, 33 Jahre nach dem Beitritts-Beschluss der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Längst haben wir uns gewöhnt an die Freiheit der Meinung, der Wissenschaft, der Lehre, der Kunst, der Religionsausübung - und nicht zuletzt des Reisens. Wir leben in Gewaltenteilung, und es gibt viele Stellen, an denen Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und ihre Kritik anbringen können – bei uns im Landtag über ihre Wahlkreisabgeordneten, im Petitionsausschuss, bei den Beauftragten für Datenschutz, Polizei und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. In dieser Diktatur war es möglich, dass ein Staatsoberhaupt den Befehl zum Bau einer Mauer gab, Menschen einmauerte, ihr Denken, ihre Träume. 28 Jahre lang. Deutlicher kann man den Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie nicht erleben.

Schon in der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 waren Polizei und Kampfgruppen am Brandenburger Tor aufgezogen. Wenige Stunden später trennten Stacheldrahtsperrungen Berlin in Ost und West. Straßenpflaster und Bahngleise wurden aufgerissen, Verkehrsverbindungen ausgebremst. Am 13. August wachten die Menschen in einer geteilten Welt auf, entsetzt, verzweifelt, sprachlos. Plötzlich waren sie voneinander getrennt - Familien, Freundschaften, Liebespaare. Gewaltsam, brutal und rücksichtslos. Lebenswege durchkreuzt, das einzelne Schicksal zählte nicht. Immer wieder wagten einige todesmutig die Flucht, fast alle jung. Mindestens 140 Menschen kamen bei ihrer Flucht alleine an der Berliner Mauer ums Leben.

In dem Land, in dem wir lebten, unsere Kinder großzogen, uns in Berufen engagierten, ins Konzert gingen und ins Theater, in diesem Land, das unsere Heimat war, wurden Menschen getötet, nur weil sie nicht mehr in diesem Land leben wollten. Tod auf staatlichen Schießbefehl. Wer öffentlich darüber sprach, brachte sich in Gefahr. Heute unvorstellbar, aber genau so war es. Das ist die unhintergehbare Tatsache, die vergegenwärtigt wird in der Erinnerung an den 13. August.

Jetzt haben wir die parlamentarische Demokratie, das Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben, Gesetze und Anträge für das gesellschaftliche Miteinander beschließen. Und ich frage mich immer wieder, ob wir diese im Herbst 89 schwer errungene Demokratie optimal nutzen. Ob wir Parlamentarier der Bürgerbeteiligung ausreichend Raum geben, auch wenn wir irgendwann entscheiden müssen und es nicht jedem recht machen können. Ob sich die Bürgerinnen und Bürger, für die wir unsere Arbeit machen, ausreichend einbringen mit ihren Ideen, ihrer Kritik, ihren Visionen. Sind unsere politischen Verfahren durchlässig genug, um die Positionen von BürgerInnen und ParlamentarierInnen wahrzunehmen, auszutauschen?

Diese Fragen müssen wir uns in der Demokratie stellen, gerade lange 33 Jahre nach dem Fall der Mauer, nach dem Abriss der innerdeutschen Grenze. Es ist unsere Aufgabe, Politik attraktiv zu machen für die Menschen vor Ort, nicht nur für Juristen und Politikwissenschaftler, auch nicht einfach für einen Musterbürger, sondern ganz konkret für Brandenburgerinnen und Brandenburger. Und da kann Politik anders sein als anderswo, typisch brandenburgisch, typisch ost und bürgernah. Es gibt viel zu tun, um demokratisch zu überzeugen. Die Voraussetzungen sind da. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten und die Demokratie schützen.

Auch weil Menschen ihr Leben riskierten für die Freiheit.
Wir gedenken der Opfer.